

Newsletter Nummer 13/2023: Aktuelles aus Kreistag und Fraktion

Sitzung des Kreistags am 12. Dezember 2023 in Sinsheim

Der Kreishaushalt für das Jahr 2024, das Ausscheiden zweier Kreisräte, die Erhöhung der Abfallgebühren sowie der Öffentliche Personennahverkehr standen auf der Tagesordnung der letzten Sitzung des Kreistags in diesem Jahr.

Zunächst befassten sich die Kreisrätinnen und Kreisräte mit einem Wechsel in den eigenen Reihen:

Die langjährigen Kreisräte Helmut Göschel - Sinsheim/SPD - und Detlef Gräser - Schriesheim/Die Linke - hatten ihr Ausscheiden aus dem Gremium beantragt.

Für sie sind Michael Czink - Sinsheim/SPD - und Marco La Licata - Neckargemünd/Die Linke - in den Kreistag nachgerückt.

Mit dem Wechsel geht auch die Neubesetzung verschiedener Ausschüsse und Aufsichtsräte einher.



Neuer Bildungsgang an den beruflichen Schulen

Im nächsten Tagesordnungspunkt stimmte der Kreistag der Einrichtung eines neuen Bildungsgangs - Schwerpunkt System- und Hochvolttechnik im Ausbildungsberuf Kraftfahrzeugmechatronik - an der Hans-Freudenberg-Schule Weinheim, an der Friedrich-Hecker-Schule Sinsheim sowie an der Hubert-Sternberg-Schule Wiesloch zu.

Die Transformation im Kraftfahrzeugbereich, weg vom klassischen Verbrenner, hat besondere Auswirkungen auf das Automobilbundesland Baden-Württemberg und somit auch auf die duale Ausbildung. Bisher wird der Schwerpunkt System- und Hochvolttechnik an der Carl-Benz-Schule Karlsruhe und der Carl-Bosch-Schule Heidelberg angeboten.

Um auf strukturelle Veränderungen zu reagieren und der gestiegenen Nachfrage im Bereich System- und Hochvolttechnik nachzukommen, haben die Hans-Freudenberg-Schule Weinheim, die Friedrich-Hecker-Schule Sinsheim und die

Hubert-Sternberg-Schule Wiesloch Anträge auf Einrichtung des Schwerpunktes System- und Hochvolttechnik im Ausbildungsberuf Kraftfahrzeugmechatroniker/-in gestellt.

Die Ausbildung zur Kraftfahrzeugmechatronikerin bzw. zum Kraftfahrzeugmechatroniker dauert dreieinhalb Jahre. Sie gliedert sich in gemeinsame Ausbildungsinhalte und die Ausbildungsinhalte in einem der Schwerpunkte

- Personenkraftwagentechnik,
- Nutzfahrzeugtechnik,
- Motorradtechnik, System- und Hochvolttechnik oder
- Karosserietechnik.

Um den im Rhein-Neckar-Kreis steigenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften in den bekannten und ortsnahen Ausbildungsbetrieben decken zu können, befürwortete nun der Rhein-Neckar-Kreis als Schulträger die Einrichtung des Schwerpunktes System- und Hochvolttechnik im Ausbildungsberuf Kraftfahrzeugmechatroniker/-in mit Beginn des Schuljahres 2025/2026 mit dem Ziel der Stärkung einer innovativen und zukunftsfähigen Bildungslandschaft.

Gründung einer Tourismus GmbH

Anschließend stimmte der Kreistag der Gründung einer Tourismus GmbH mit einer Beteiligung des Rhein-Neckar-Kreises in Höhe von 10.000 €, dies entspricht einem Anteil von 14,29 %, zu.

Was mit der Unterzeichnung eines „Letter of Intent“ im Januar 2023 auf der CMT-Messe in Stuttgart öffentlich bekannt gemacht wurde und in einem Workshop den Kreisräten im März von der Stabsstelle Wirtschaftsförderung nähergebracht wurde, biege nun auf die Zielgerade ein, führte **Kreisrat John Ehret** für die Freien Wähler aus:



In Zukunft würden sieben regionale Tourismusorganisationen aus der nördlichen Landeshälfte und der Rhein-Neckar-Kreis in touristischen Fragen eng zusammenarbeiten. Dies solle durch die Gründung einer gemeinsam getragenen touristischen Dach-Destinationsmanagement-Organisation in der Rechtsform einer GmbH erfolgen. Die

Tourismusorganisationen auf örtlicher Ebene blieben weiter bestehen. Die neue Dach-DMO nehme Managementaufgaben wahr und schaffe dadurch Synergieeffekte.

Ziele der Kooperation seien, die Ressourcen zu bündeln und die Innovationsfähigkeit zu steigern. Die Dach-DMO habe sowohl aufgrund ihrer Gebietsgröße als auch wegen der bestehenden und künftigen Projekte großes Potenzial, sich am touristischen Markt zu behaupten, zumal das Kooperationsgebiet im statistischen Vergleich der Übernachtungen in Baden-Württemberg bereits heute auf Platz zwei nach dem Schwarzwald angesiedelt sei, so John Ehret.

Ihren Marketingschwerpunkt lege die touristische Kooperation insbesondere auf den Radtourismus. Weitere Schwerpunkte sollen die Themen Wein und Kulinarik bilden.

Die neue Dach-DMO könne dabei auf eine umfangreiche Produktvielfalt zugreifen. Insgesamt drei Weinanbaugebiete sowie zahlreiche heimische Brauereien, Brennereien und Direktvermarkter ermöglichen ein vielfältiges und qualitatives Angebot. Auch das Thema Wohnmobil werde die Dach-DMO bedienen.

Die Wohnmobilkooperation sei dabei nicht nur eine Bereicherung für das touristische Kooperationsgebiet, sondern in dieser Form deutschlandweit einmalig.

Die Ansprüche an Tourismusorganisationen würden immer komplexer. Deshalb sei die Bündelung zu größeren Einheiten und eine effiziente und verbindliche Aufgabenteilung für das Land ein wichtiges Ziel im Sinne der Tourismuskonzeption.

Er erhoffe sich durch die gemeinsame Vermarktung und Bündelung von Energien, eine bessere Sichtbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit im Land Baden-Württemberg sowie einen besseren Zugriff aller Kreisgemeinden auf Fördergelder.

Auch die Freie Wähler Fraktion seien mehrheitlich davon überzeugt, dass die neue Dach-DMO dabei hilft, den Tourismus vor Ort weiter voranzubringen.

ÖPNV

Anschließend stimmte der Kreistag dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Rhein-Neckar-Kreis und der Stadt Heidelberg über die Sicherstellung einer ausreichenden Verkehrsbedienung der Straßenbahnlinien 22 und 23 im Gebiet der Städte Eppelheim und Leimen zu.

Zudem nahm der Kreistag den Sachstandsbericht zur Umstellung des Jugendtickets BW auf das Deutschlandticket zur Kenntnis und genehmigte die Übernahme des durch die Überführung des Jugendtickets auf das Deutschlandticket auf den Kreis entfallenden Finanzierungsanteils, allerdings vorausgesetzt, dass dem Kreis

gegenüber dem kommunalen Finanzierungsanteil für das bisherige Jugendticket BW keine höheren Kosten entstehen.

Abfallgebühren

Nach fünfjähriger Gebührenstabilität seit 2019 mussten die Abfallgebühren für 2024 und 2025 erhöht werden.

Vor allem in den vergangenen fünf Jahren haben sich unplanbare Ereignisse wie die Corona-Pandemie, der Ukraine-Krieg und die damit verbundenen gestiegenen Kosten wie auch die allgemeine Inflation auf die Kosten in allen Bereichen der AVR Kommunal ausgewirkt. Auch die Neuvergabe der Entsorgungsverträge, die Tarifsteigerungen, zusätzliche



Belastungen durch gesetzliche Regelungen sowie sinkende Wertstoff Erlöse führen dazu, dass eine Anpassung der Abfallgebühren, trotz Einbringung von Gewinnen aus den vergangenen Jahren, unvermeidbar ist.

Die Mehrkosten pro Jahr belaufen sich bei einem Vier-Personen-Haushalt ohne BioEnergieTonne auf 57,75 €, was bei einer vierköpfigen Familie einem Betrag von 4,81 € pro Monat und pro Person und Monat von 1,20 € entspricht.

In einem Vier-Personen-Haushalt mit BioEnergieTonne belaufen sich die Mehrkosten sogar nur auf 45,65 €, was einem Betrag pro Familie und Monat von 3,80 € bzw. pro Person und Monat von 95 Cent entspricht.

Haushalt 2024

Abschließend stimmte der Kreistag mehrheitlich dem Kreishaushalt für das Jahr 2024 und dem geplanten Haushalt der Freiherr von Ulner'schen Stiftung sowie dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Bau, Vermögen und Informationstechnik zu. Das Gesamtvolumen der genannten Haushalts- bzw. Wirtschaftspläne 2024 liegt bei 935 Millionen €.

Wie in den letzten Jahren geben wir die Stellungnahme der Freien Wähler zum Haushalt in vollem Wortlaut wieder. Dieses Mal wurde die Haushaltsrede vom stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden John Ehret vorgetragen.

„Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Gäste,

traditionell, kurz vor Weihnachten, beschließen wir als Kreistag den Haushalt für das kommende Jahr.

Die Haushaltsberatungen in den einzelnen Ausschüssen waren diesmal nicht geprägt durch die bereits im Frühsommer mit der Verwaltung in Workshops beschlossenen Leitsätze, Handlungsfelder und strategischen Ziele. Dennoch werden die bekannten strategischen Ziele jedes Jahr aufs Neue evaluiert, fortgeschrieben und in den Gremien beschlossen. Mit dem heutigen Beschluss des Haushaltsplans sind diese wieder ein Jahr bindend. So gelingt eine zukunftsorientierte Ausrichtung der Gesamtstrategie im Rahmen eines Kreiskonzeptes.

Finanzielle Handlungsfähigkeit des Kreises und der kreisangehörigen Gemeinden erhalten!

Für uns Freie Wähler ist dies der zentrale und der wichtigste der Leitsätze des Rhein-Neckar-Kreises. Denn ohne den dauerhaften Erhalt der finanziellen Handlungsfähigkeit des Kreises und seiner Kreisgemeinden bräuchten wir uns über die anderen Leitsätze und strategische Ziele keine Gedanken machen. Sie wären schlichtweg unerreichbar.

Gleich zu Beginn meiner Rede werde ich Ihnen die Spannung nehmen und mitteilen, dass wir als Freie Wähler Fraktion dem nun vorliegenden Haushalt und den entsprechenden Wirtschaftsplänen in Gänze zustimmen. Erfreulich ist aus Sicht der



Freien Wähler, dass sich die Eckdaten des Entwurfes noch einmal stark verbessert haben. Das Gesamtvolumen der genannten Haushalts- bzw. Wirtschaftspläne 2024 des Rhein-Neckar-Kreis Konzerns liegt bei 935 Millionen €.

Wir als Freie Wähler wollen in einer Balance dem Rhein-Neckar-Kreis sowie den kreisangehörigen Gemeinden die finanzielle Handlungsfähigkeit durch eine effiziente und nachhaltige

Haushaltswirtschaft ermöglichen.

Deshalb legen wir in den Beratungen das Hauptaugenmerk traditionell auf die wichtigen Stellschrauben nämlich die Kreisumlage und den Stellenplan.

Lieber Stefan Dallinger, am 10. Oktober sprachen Sie bei der Einbringung des Haushaltsentwurfes in der Sport- und Kulturhalle in Mauer, als Chef der Kreisverwaltung noch von einer geplanten Steigerung des Hebesatzes um 5,75 Punkten. Sie selbst sprachen von einer finanziell toxischen Lage.

Schon einen Tag später, nämlich am 11. Oktober fand aufgrund der angespannten finanziellen Lage des Kreises eine Sondersitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses statt. In dieser Sitzung hat die Verwaltung zur Konsolidierung des Haushalts 2024 Einsparvorschläge aus unterschiedlichen Bereichen vorgestellt. Die Einsparungen wurden weitgehend umgesetzt und sind in dem nun vorliegenden Haushalt 2024 berücksichtigt.

Herr Landrat, Sie sprachen mit Recht von einer toxischen Lage. Warum?

Stark steigende Sozialleistungen, allgemeine hohe Lohn- und Gehaltssteigerungen, Energiekosten auf einem nach wie vor hohen Niveau, hohe negative Ergebnisse der GRN und nicht zuletzt einen starken Einbruch des Grunderwerbsteuer-Aufkommens.

All dies wirkt sich massiv auf den Haushalt aus, ohne dass wir – zumindest kurzfristig – etwas daran ändern könnten.

Herr Landrat, Sie gingen seiner Zeit auch davon aus, dass es eines kommunalen Kraftakts bedürfe, um diese toxische Lage zu entgiften, um einen für beide Seiten – Landkreis und Kreiskommunen – tragfähigen Haushalt aufstellen zu können.

Heute können wir feststellen, Kreistag und Verwaltung ist es nach intensiven und auch anstrengenden Haushaltsberatungen gelungen, für das Jahr 2024 ein Gegengift zu finden und einen genehmigungsfähigen Haushaltsplan zu erarbeiten.

Wie jedes Gegengift bringt aber auch dieses hier im Haushalt 2024 Risiken und Nebenwirkungen mit sich.

Die wesentlichen Risiken sind aus unserer Sicht:

- Kann die pauschale Reduzierung der Transferleistungen im Bereich Soziales realisiert werden?
- Wird sich das Grunderwerbsteueraufkommen tatsächlich insoweit erholen, dass der Ansatz von 38 Millionen € für 2024 erreicht wird?
- Ist der eingeplante Verlustausgleich für die GRN gGmbH ausreichend?

Und nun zu den Nebenwirkungen:

- Die Kürzungen im freiwilligen, insbesondere im kulturellen und sportlichen Bereich sind nicht nur für die betroffenen Institutionen, sondern auch für uns sehr schmerzlich.
- Bei den in kommende Jahre geschobenen Unterhaltungs- und Investitionsmaßnahmen, die nicht unwesentlich zum verbesserten Haushalt beigetragen haben, handelt es sich nicht tatsächlich um Einsparungen. Die Maßnahmen werden spätere Haushalte finanziell belasten.
- Um trotz der vorgenommenen Kürzungen die vorgeschriebene Mindestliquidität von 13,2 Millionen € erreichen zu können, mussten die Kreditaufnahmen auf 17,9 Millionen € erhöht werden.

Dies hat zur Folge, dass das eigentliche Ziel, die Gesamtverschuldung bis Ende 2026 auf 125 Millionen € zu begrenzen um über zehn Millionen verfehlt werden wird.

Aber: Es handelt sich hier um Investitionen, die weit in die Zukunft reichen. Insofern sehen wir es wie die Verwaltung: Im Sinne der Generationengerechtigkeit ist es durchaus sachgerecht, dass diese teilweise auch mit Krediten finanziert werden. Deshalb tragen wir die höhere Verschuldung mit.

- Auch wenn zum Ausgleich des Ergebnishaushaltes des Kreises eigentlich ein Kreisumlagehebesatz von 29,9 % erforderlich wäre und nun eine Anhebung von „nur“ drei Prozentpunkten auf 27,5 % erfolgt, ist auch diese Erhöhung für die meisten Kreisgemeinden sehr schmerzhaft und sie bereitet nicht wenigen Schwierigkeiten, den eigenen Haushalt für 2024 auszugleichen.
- Hinzu kommt, dass die mittelfristige Finanzplanung weitere Steigerungen des Kreisumlagehebesatzes auf 30,5 % bzw. 31,5 % vorsieht.

Dies empfinden wir natürlich nicht als „moderate“ Steigerungen. Vielmehr würden diese Steigerungen die meisten Kreiskommunen endgültig überfordern.

Deswegen werden sich Kreistag und Verwaltung aus unserer Sicht auch im nächsten und den folgenden Jahren beim Haushalt mit weiteren Kürzungen und Einsparungen auseinandersetzen müssen. Wir haben heute nur die erste Etappe hinter uns gebracht.

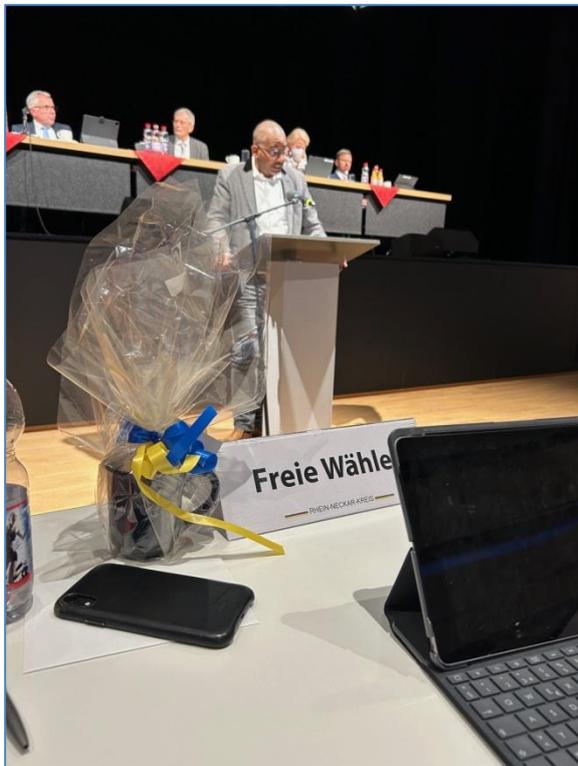
Trotz aller Risiken und Nebenwirkungen – und das ist das Positive - ist das Etappenziel erreicht:

Es liegt ein genehmigungsfähiger Haushalt 2024 vor, der Landkreis und Kreiskommunen trotz der toxischen Lage noch „Luft zum Atmen“ lässt!

Wie die Vorredner schon erwähnt und auch gewürdigt haben, haben wir heute aufgrund doch besseren Konjunkturdaten für 2023, geplanten Einsparungen in allen Fachbereichen in 2024 und des Prinzips Hoffnung als Kompromisslösung lediglich

eine Steigerung des Hebesatzes von 3,0 Punkten auf insgesamt 27,5 %. Diesem Hebesatz werden wir als Freie Wähler Fraktion zustimmen.

Hier möchte ich gleich thematisch und sachlich auf den Antrag der Linken eingehen, diesen Hebesatz nun doch noch um 0,31 Punkte zu erhöhen und diesen auf 27,81 % fest zu legen.



Uns ist nicht ersichtlich, dass die von der Fraktion der Linken bemängelte „Pauschale Reduzierung Nettotransfer im Sozial- und Jugendbereich“ gleichbedeutend ist oder gar automatisch Kürzungen der Leistungen für die Bedarfsträgerschaft auslöst. Der rechtliche Anspruch auf Leistungen verändert sich doch hier nicht. Hier vertrauen wir der Kreisverwaltung, dass dies ordentlich gemacht wird und lehnen somit den Antrag ab.

Die Personalentwicklung bereitet uns aber weiterhin große Sorge!

Wie immer ist die Mehrung der Stellen im Stellenplan ein Wermutstropfen für das kommende Jahr. In der Personalpolitik haben wir in den letzten Jahren immer auf die – für uns zumindest - zu hohen Stellenmehrungen hingewiesen. Es sind

auch diesmal faktisch für 2024 insgesamt fast 50 Mehr-Stellen ausgewiesen. Ja, ein Teil des Personals wird von zweiter oder dritter Seite co-finanziert. Ja, ein Teil wird sogar für eine gewisse Zeit ganz vom Land oder Bund bezahlt, aber wie wir alle wissen – handelt es sich hierbei lediglich um ein Verschieben des Problems in die nahe Zukunft.

Viele Herausforderungen stehen an! Was wohl bedeutet: Die „fetten Jahre“ sind vorbei!

Die Freien Wähler hatten in den letzten Jahren immer wieder darauf hingewiesen, dass es wirtschaftlich so nicht weitergehen wird. Leider hatten wir Recht!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

für uns sind auch wieder die wesentlichen Themen im Haushalt 2024 abgebildet, sauber finanziert und klar dargestellt. Im Einzelnen komme ich nun auf:

Bildung verbessern

Die duale Berufsausbildung ist ein Garant der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Was unsere Berufsschulen im Kreis angeht können wir mit Genugtuung feststellen, dass sie in technischer, in energetischer, in optischer und in didaktischer Hinsicht hervorragend unterhalten und ausgestattet sind – und weiterhin auch werden.

Das ist unser Beitrag für einen gelingenden Start der Jugendlichen des Rhein-Neckar-Kreises in ihr Berufsleben.

Bestehende Berufsausbildungsgänge müssen aber auch hier immer wieder überarbeitet und an die neuen Anforderungen angepasst werden. Auch hier bestimmt das Angebot die Nachfrage. Man muss auch mal den Mut haben, einzelne Ausbildungsgänge einzustampfen und andere innovative, zeitgemäße zur Steigerung der Attraktivität, einzurichten.

Der Neubau der Steinsberg-Schule in Sinsheim ist zwar noch nicht ganz erfolgreich abgeschlossen, steht aber in den kommenden Jahren den Jugendlichen und den Lehrkräften zur modernen und digitalen Bildung zur Verfügung.

Wir, die Freien Wähler, begrüßen es, wenn unsere Schulgebäude auch in schweren Zeiten in einem guten Zustand erhalten werden. Ein Unterhaltungsstau käme uns alle unterm Strich teurer.

Die Schulbudgets wurden weitgehend verschont. Dies ist auch in unserem Sinne. Die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes hängt maßgeblich davon ab, ob auch in Zukunft engagierte und gut ausgebildete Fachkräfte dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

So gilt unser Dank sowohl den Schulleiterinnen und Schulleitern, als auch den Lehrerinnen und Lehrern der kreiseigenen Schulen für ihr vorbildliches Engagement.

Im Bereich des Amtes für Schulen, Kultur und Sport wurden vor allem die Freiwilligkeitsleistungen auf den Prüfstand gestellt. Aber auch hier hat man auf einen Kahlschlag verzichtet. Nahezu durchgehend wurden stattdessen die Zuweisungen und Zuschüsse an Dritte um 10 % gekürzt und die Betroffenen darüber informiert. Die Verwaltung hat uns mit diesem Vorschlag erspart, um Einzelpositionen zu ringen. Je nach Fraktion gibt es ja verschiedene „Heilige Kühe“.

Nun ein paar Sätze zu:

Soziale Verantwortung tragen

Bekanntermaßen rund 60 % seiner ordentlichen Aufwendungen wendet der Kreis allein im Teilhaushalt „Jugend und Soziales“ auf. Die meisten Leistungen im Sozialbereich - fast 98 % - sind weisungsfreie Pflichtaufgaben und durch Landes- und Bundesgesetze fremdbestimmt.

Der gesetzliche Versorgungsauftrag lässt nur wenige Möglichkeiten zu, diese Kosten und deren jährliche Steigerung zu beeinflussen.

Steigende Empfängerzahlen, die wir bereits in den Vorjahren feststellen mussten, sorgten gepaart mit allgemeinen Tarifsteigerungen und höheren Personalkosten für eine extreme Wirkung auf unseren Haushalt.

Ein maßgeblicher Anteil hat auch der Rechtskreiswechsel ukrainischer Geflüchteter in das SGB II bzw. XII sowie Mehrkosten aufgrund von Mehraufwendungen im Bereich der Energiekosten.

Wir stehen hinter dieser Kürzung der Ansätze im Sozialetat, wenngleich es in diesem Bereich wohl allen schwerfällt.

Wie vorhin beim Antrag der Linken angeführt, ist dennoch klar, dass gesetzliche Ansprüche, deren Erfüllung gerade im Sozialbereich den Löwenanteil der Gesamtkosten ausmacht, keinesfalls versagt werden dürfen. Sollte es dazu kommen, dass die jeweiligen Budgets nicht auskömmlich sind, müsste nachgesteuert werden.

Wir wissen genauso, dass wir hinsichtlich dieser Ansprüche keinerlei Handhabe haben und es eigentlich struktureller Verbesserungen von Bundes- oder Landesseite bedürfte, um die den Kreisen aufgebürdeten Leistungen auch erfüllen zu können.

Im Bereich der Jugendhilfe sind im Ergebnishaushalt für das Jahr 2024 117 Millionen € veranschlagt. Mit knapp 22 % ist das eine gewaltige Steigerung des Zuschussbedarfs zum vorherigen Jahr.

Die Mehraufwendungen wiederum beruhen auf einem weiteren Anstieg der Fallzahlen insbesondere bei der Eingliederungshilfe und den Unterhaltsvorschussleistungen, ferner auf den höheren Leistungsentgelten bei den Trägern der Jugendhilfe, die auf den stark angestiegenen Personal- und Sachkosten infolge des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst, der gestiegenen Inflation und durch höhere Beiträge für ambulante und stationäre Hilfen beruhen. Es zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Haushaltsplanung.

Dennoch muss der Kreis versuchen, den seit Jahren ansteigenden Zuschussbedarf einzudämmen.



Wie wichtig diese Daueraufgabe ist, zeigt sich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass der Planansatz im Ergebnishaushalt 2017 noch ca. 68 Millionen € betrug und wir heute nach sieben Jahren beim fast Doppelten angelangt sind.

Wir Freien Wähler halten es daher für wichtig, alljährlich daran zu erinnern, dass wir im Kreis gemäß unserem Leitsatz „Rhein-Neckar-Kreis - Mit Verantwortung in die Zukunft“ bei jeder Entscheidung, die wir treffen, an die Kosten denken und jedes Einsparpotential nutzen müssen. Einsparpotential gibt es bei strikter Anwendung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“, bei dem weiteren Ausbau und der Bereithaltung niederschwelliger, präventiv wirkender Erziehungshilfen und bei ständiger Überprüfung des Personalbedarfs. Wir hoffen, dass auch im Bereich der Jugendhilfe der Personalaufwand seitens der Kreisverwaltung kritisch auf seine Notwendigkeit geprüft wird, insbesondere der geplante Stellenzuwachs um zwanzig Stellen.

Nun komme ich zu:

Gesundheit erhalten

Gesundheit gilt es zu erhalten und zu fördern! Sie ist der Grundstein für eine erfüllte Zukunft.

Unsere vier Gesundheitszentren Rhein Neckar haben einen guten Ruf und leisten einen wertvollen Beitrag für die Gesundheit der Menschen im Kreis und hier besonders im ländlichen Raum.

Durch eine konsequente Fortschreibung der Investitionen in eine moderne medizintechnische und bauliche Ausstattung der Häuser, die glückliche Hand bei der Auswahl der ärztlichen Leitung und durch eine empathische Pflege haben die Häuser einen guten Ruf.

Aber nach wie vor kommt das Land seiner gesetzlichen Verpflichtung im Rahmen der Krankenhausfinanzierung nicht nach. Das ist leider die Basis für künftige Defizite.

Zusätzlich reichen die Erstattungen der Krankenkassen bei den Budgets nicht aus, um die Erhöhungen der Personalkosten aufzufangen. Die finanzielle Situation der Krankenhäuser wird von Tag zu Tag prekärer.

Es braucht nun endlich die vielfach angekündigte und im Grunde schon längst überfällige Krankenhausstrukturreform des Bundes. Patienten sind nämlich keine Ware, sondern Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen und Erkrankungen. Ihnen muss mit Fachkompetenz und persönlicher Zuwendung geholfen werden.

Die Freien Wähler setzen sich mit allen Kräften dafür ein, auch in Zukunft vier starke Krankenhausstandorte im Rhein-Neckar-Kreis zu haben. Die „Patientenorientierung“ und die „flächendeckende und wohnortnahe Versorgung“ stehen für uns weiterhin an erster Stelle. Die Versorgungssicherheit mit hoher medizinischer Qualität darf im Rhein-Neckar-Kreises - auch im ländlichen Raum - keinen Schaden nehmen.

Wir stehen uneingeschränkt zum Neubau am Standort Sinsheim. Wir sind strikt gegen eine vom Bund „von oben herab“ zentral verordnete Stilllegung von medizinischen Leistungsbereichen wie zum Beispiel der Geburtshilfe oder der Kardiologie.

Noch vor der anstehenden Krankenhausstrukturreform fordern wir vom Bund das dringend notwendige Vorschaltgesetz. Damit unsere Krankenhäuser umgehend rauskommen aus ihren extremen finanziellen Turbulenzen und wieder zurückkehren können in ein finanziell stabileres Fahrwasser.

Bei der notwendigen Krankenhausreform sollen richtigerweise die zuständigen Bundesländer das Sagen haben und nicht der Bund. Schon bisher hat Baden-Württemberg bundesweit die geringste Dichte an Krankenhausbetten. Und auch die geringsten Krankenhauskosten je Einwohner.

Das mengenabhängige Finanzierungssystem über „Fallpauschalen“ ist überholt, deckt bei Weitem nicht mehr die gestiegenen Kosten und treibt die Kliniken derzeit in ein finanzielles Minus.

Wir unterstützen daher die Vorschläge der Deutschen Krankenhausgesellschaft an der sich auch die beiden Geschäftsführerinnen der GRN-Kliniken orientieren.

Die Freien Wähler werden sich den zukunftsfähigen Konzepten zur Neuausrichtung der Kliniken in der Metropolregion nicht verschließen. Zudem sind wir für die Vorschläge im Zusammenhang mit der Ambulantisierung, der eventuellen Neuordnung der medizinischen Versorgungszentren und der Zusammenlegung der Rehakliniken offen.

Wir erkennen, dass die GRN Geschäftsleitung ernsthaft bemüht ist, ein operatives „Wendemanöver“ zu vollziehen, es gibt keineswegs ein „Weiter so“.

Der Landrat hatte als Gesellschafter im Zuge der Planerstellung den GRN eine Einsparvorgabe von 10 Millionen € auferlegt. Die Geschäftsführung konnte diese Vorgabe im Umfang von 7,7 Millionen € erfüllen. Der Wirtschaftsplan 2024 der GRN hat letztlich einen Jahresfehlbetrag von 23,5 Millionen €.

Alles in allem kann man Herrn Verwaltungsdirektor Rüdiger Burger und vor allem der nachfolgenden Geschäftsführung mit Frau Elbs und Fr. Masuch und den über 3.000



Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nur wertschätzend sagen: „Danke, für den großartigen Einsatz!“

Zum Abschluss noch:

Wirtschaft stärken

Die AVR kommunal sowie die ganzen Tochtergesellschaften der AVR-Gruppe entwickeln sich weiterhin sehr gut und sind wirtschaftlich erfolgreich.

Über die leider notwendig gewordenen Gebührenerhöhungen nach vier Jahren Preisstabilität haben wir uns ja bereits im vorherigen Tagesordnungspunkt unterhalten.

Wir haben eine gesicherte, umweltfreundliche Abfallwirtschaft im öffentlichen Bereich mit geordneten Stoffströmen und eine hohe Quote bei den verwertbaren Abfällen. Auch die uns vorgestellte klug durchdachte „zero waste“ Bemühungen werden Früchte tragen. Hier geht es um weitere Ideen der Abfallvermeidung!

Im Bereich AVR Energie ist mit der Errichtung der Bio-Vergärungsanlage ein weiteres Kapitel erfolgreicher Arbeit aufgeschlagen. Synergien mit dem Biomassekraftwerk entstehen. Die Biotonne ist bereits heute ein Erfolgsmodell. Ähnlich steil aufwärts wird es vermutlich nun mit den Überlegungen zur Phosphor-Rückgewinnung beim Klärschlamm gehen.

Mit einem Satz: Unsere AVR-Unternehmen machen einen tollen Job und wir dürfen stolz sein auf unser Verwertungs-, Entsorgungs- und Abholssystem. Mit der beschlossenen Neustrukturierung werden wir auch alle zukünftigen Aufgaben und Probleme meistern und lösen können.

Auch hier einen herzlichen Dank an die jeweiligen Geschäftsführungen der einzelnen AVR-Unternehmen und ihrer ganzen Mitarbeiterschaft rund um die Entsorgung sowie Verwertung.

Eigenbetrieb Bau und Vermögen

Insgesamt lässt sich sagen, der Rhein-Neckar-Kreis war und ist weiterhin auf einem guten Weg. Klimaschutzziele wurden erreicht und das Konzept wird für die Einrichtungen und Gesellschaften fortgeschrieben.

Wir formulieren gerne weitergehende Ziele und werden diese, Jahr für Jahr in unseren Verantwortungsbereichen abarbeiten.

Es besteht immer die Gefahr, dass bei wiederholenden Aussagen die Aufmerksamkeit für deren Bedeutung allmählich nachlässt. Beim Thema Klimaschutz muss dennoch immer wieder darauf hingewiesen werden: Nicht nur die globalen Folgen des Klimawandels werden immer deutlicher, sondern auch direkt bei uns vor Ort sind die Auswirkungen mit Starkregenereignissen, Hitzetage und extremen

Trockenperioden bereits angekommen. Der Klimaschutz ist daher für den Kreis nicht nur eine sehr wichtige strategische Zielstellung, sondern Klimaschutz und Klimawandelanpassung sind hieraus folgernd ein fester Bestandteil der operativen Arbeit des Kreises.

Im Haushalt 2024 wird die Verankerung des Klimaschutzes in die operative Arbeit der Verwaltung erstmals zusammenfassend dargestellt werden. Die Geschäftsstelle Klimaschutz hat in Zusammenarbeit mit dem Kämmereramt eine Auflistung aller Maßnahmen der Verwaltung des Kreises sowie des Eigenbetriebs mit Bezug zum Klimaschutz vorgenommen und weist die hierfür in den jeweiligen Budgets eingestellten finanziellen Planansätze im Haushaltsplan aus.

Beim Masterplan Mobilität ist es uns immer noch wichtig und richtig, dass alle Verkehre, vom Individualverkehr über den Radverkehr bis zur Schiene, in die Betrachtungen und Planungen mit einbezogen werden.

Eine zukunftsweisende Mobilitätsstrategie ist wichtig und notwendig. Die Mobilität der Zukunft im Kreis ist ein Strategisches Ziel, an dem wir weiterhin aktiv mitarbeiten werden.

Wir hatten versprochen: Wir werden an diesem Thema dranbleiben.

Und so werden wir erneut dieses wichtige Thema aufgreifen und äußern den Wunsch, dass im Rahmen des Mobilitätspaktes der Rhein-Neckar-Kreis ein unabhängiges Gutachten erstellt wird, das sich mit dem Abbau von Doppelstrukturen und den grundsätzlich optimalen Verkehren im verdichteten Ballungsraum aber auch, in der Anbindung des ländlichen Raumes befasst.

Aber auch hier braucht es eventuell neue Impulse oder ein neues Konzept. Die Finanzierung muss dennoch gewährleistet bleiben. Die kommunalen Kostenanteile der Gemeinden werden immer mehr und sind nicht immer transparent von den Verkehrsunternehmen dargestellt. Zusätzlich hat man als Kommune wenig Einfluss auf Fahrpläne oder der zum Einsatz kommenden Fahrzeuge. Oftmals macht es keinen Sinn, einen großen Bus für eine Nebenstrecke Sonntagabends einzusetzen oder werktags bis in die Nacht zu bedienen. Ferner gibt es heute immer noch Doppelverkehre von Bus und Schiene auf vielen Strecken. Wir erinnern hier wieder gerne, dass die Freien Wähler Freunde der kommunalen Selbstbestimmung sind.

Herr Landrat, ich gehe davon aus, dass sie selbst hieran starkes Interesse haben und dies als Arbeitsauftrag an die Verwaltung weitergeben, um dies im zuständigen Ausschuss im Rahmen des Mobilitätspaktes zu beraten.

Abschluss

Ich bedanke mich bei den Fraktionen – trotz aller politischer Unterschiede - für das gute, konstruktive Miteinander im Kreistag.

Wir Freien Wähler danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landkreises und der Gesellschaften für ihre nicht immer einfache, aber grundsätzlich gute Arbeit.

Ihnen Herr Landrat Stefan Dallinger einen wertschätzenden Dank für den vertrauensvollen, kollegialen Führungsstil und die frühzeitige Einbindung der Fraktionen in die jeweilige Entscheidungsfindung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Frohe Weihnachten und uns allen, ein gutes, vor allem friedvolles und gesundes 2024 wünschen die Freien Wähler.



Weitere Informationen.....

Weitere Informationen zu allen Themen gibt es im Ratsinformationssystem des Kreises hier: <http://93.122.78.25/sdnet/vorlagen>

Foto Seite 4: Landratsamt